

Befristung schadet Geringqualifizierten

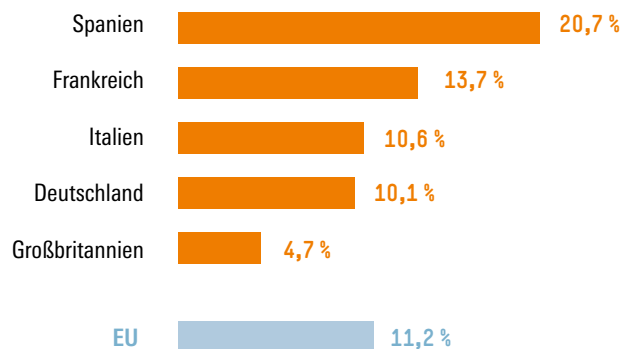
Wird der Abschluss befristeter Arbeitsverträge erleichtert, müssen Geringqualifizierte längerfristig mit Einbußen bei Lohn und Beschäftigung rechnen.

Ein vermeintliches Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit besteht darin, Entlassungen zu erleichtern, beispielsweise durch befristete Arbeitsverträge. Die Theorie dahinter: Unternehmen riskieren eher, Arbeitslose anzuheuern, wenn sie sie ohne bürokratischen Aufwand wieder feuern können. Insbesondere Geringqualifizierte – so die Annahme – profitieren davon, indem sie Berufserfahrung erwerben und Kontakte knüpfen und so den Übergang in eine Festanstellung schaffen können. Ob das tatsächlich funktioniert, haben Ignacio García-Pérez von der Universität Pablo De Olavide, Ioana Marinescu von der Universität Chicago und Judit Vall Castello von der Universität Pompeu Fabra untersucht. Ihren Ergebnissen zufolge ist Deregulierung, die Befristungen erleichtert, eher kontraproduktiv.

Die Ökonomen haben analysiert, wie sich eine Reform des spanischen Arbeitsrechts im Jahr 1984 langfristig ausgewirkt hat. Bis dahin galt jedes Arbeitsverhältnis grundsätzlich als unbefristet, Ausnahmen waren nur für Jobs mit eindeutig temporärem Charakter wie Saisonarbeit oder Mutterschaftsververtretungen vorgesehen. Diese Einschränkung fiel durch die Neuregelung weg. Die Folge: Der Anteil der befristet Beschäftigten, der vor 1984 außerhalb der Landwirtschaft unter drei Prozent lag, betrug bereits 1987 zehn Prozent und stieg bis auf 35 Prozent Mitte der 1990er-Jahre. Das war die höchste Quote in Europa.

Unsicheres Spanien

Befristet beschäftigt waren 2015 in ...



Quelle: Eurostat 2016 Grafik zum Download: bit.do/impuls0427

Hans Böckler
Stiftung

Um die Konsequenzen dieser Entwicklung für Geringqualifizierte abzuschätzen, haben die Forscher Daten der spanischen Sozialversicherung zu männlichen Schulabbrechern der Geburtsjahrgänge 1965 bis 1972 ausgewertet. Für die Analyse wurde das berufliche Schicksal derjenigen, die vor der Deregulierung auf den Arbeitsmarkt gelangt sind, mit dem Werdegang der später Geborenen verglichen. Dabei zeigt sich: Die kurzfristige Wahrscheinlichkeit, bis 19 eine Anstellung zu finden, ist infolge der Reform tatsächlich gestiegen. Über einen Zeitraum von zehn Jahren betrachtet waren die Auswirkungen allerdings eindeutig ungünstig: Im Vergleich zu den älteren Jahrgängen sank die Zahl der Tage in Beschäftigung um 4,5 Prozent oder 9,8 Tage pro Jahr. Das Einkommen ging um neun Prozent zurück. Statt als „Sprungbrett“ in eine Festanstellung seien Befristungen eher als „Hemmschuh“ für Geringqualifizierte zu betrachten, so das Fazit der Wissenschaftler. <

Quelle: J. Ignacio García-Pérez, Ioana Marinescu, Judit Vall Castello: Can Fixed-Term Contracts Put Low Skilled Youth on a Better Career Path? Evidence from Spain, IZA Discussion Paper Nr. 9777, Februar 2016 Download: bit.do/impuls0426

Mindestlöhne sind keine Hürde für die Jugend

Neoliberale Ökonomen sind fest davon überzeugt, dass gesetzliche Lohnuntergrenzen schädlich sind. Mit konsistenten empirischen Belegen für negative Auswirkungen auf die Gesamtbeschäftigung können sie allerdings nicht aufwarten. Manche beharren darauf, dass Mindestlöhne zwar vielleicht nicht der Beschäftigung insgesamt schaden, aber zumindest bestimmten Arbeitnehmergruppen, die typischerweise eher schlecht bezahlt werden. Um die Effekte sichtbar zu machen, so die These, müsse man sich auf diese besonders betroffenen Gruppen konzentrieren. Die US-Forscher David Neumark und William Wascher etwa sind 2004 in einer viel zitierten Studie zu dem

Ergebnis gekommen, dass Mindestlöhne zu erheblichen Jobverlusten bei jungen Arbeitnehmern führen. Simon Sturn von der University of Massachusetts in Amherst hat mithilfe eines umfangreichen Datensatzes überprüft, ob dieser Befund haltbar ist. Seine Berechnungen sprechen dagegen.

Der Wirtschaftswissenschaftler hat Informationen über die Arbeitsmarktentwicklung in 19 OECD-Staaten für die Jahre 1983 bis 2013 ausgewertet. In seiner Analyse hat er untersucht, ob gesetzliche Mindestlöhne die Beschäftigungsquoten von Geringqualifizierten, weiblichen Geringqualifizierten oder Erwerbspersonen unter 25 Jahren beeinflussen. Sei-

nen Ergebnissen zufolge sind substantielle Auswirkungen nicht nachweisbar: Die gemessenen Effekte sind nicht signifikant und äußerst gering.

Um zu überprüfen, warum Neumark und Wascher zu anderen Resultaten gekommen sind, hat Sturn ihre Analyse mit den Originaldaten nachexerziert. Das Ergebnis: Wenn man das Schätzmodell geringfügig modifiziert – also beispielsweise die Beschäftigung statt der Arbeitslosigkeit von Erwachsenen als Kontrollvariable verwendet –, werden die Effekte ebenfalls insignifikant. <

Quelle: Simon Sturn: Do Minimum Wages Lead to Job Losses?, PERI Working Paper Series No. 418, April 2016 Download: bit.do/impuls0428